

Arbeitspapiere / Working Papers

Nr. 71

Jörn Thielmann

**„Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache,
Algerien mein Vaterland“**

Nationalismus und Entwicklung in Algerien

2006



The Working Papers are edited by
Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes Gutenberg-Universität,
Forum 6, D-55099 Mainz, Germany.
Tel. +49-6131-3923720; Email: ifeas@uni-mainz.de; <http://www.ifeas.uni-mainz.de>

Geschäftsführende Herausgeberin/ Managing Editor:
Michaela Oberhofer (oberhofer@uni-mainz.de)

„DER ISLAM IST MEINE RELIGION, ARABISCH MEINE SPRACHE, ALGERIEN MEIN VATERLAND“ – NATIONALISMUS UND ENTWICKLUNG IN ALGERIEN

Jörn Thielmann¹

Der im Titel dieses Beitrags zitierte Slogan des algerischen Unabhängigkeitskampfes entwirft ein Bild Algeriens, das einen bestimmenden Einfluss des Islam auf die Gesellschaft und ihre Ordnung erwarten lässt. Es zeigt sich aber, dass die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik viel stärker von den kolonialen Erfahrungen bestimmt wurde und wird als vom Islam. Es war der Einbruch der Moderne in Algerien durch die gewaltsame Invasion Frankreichs im Juni 1830 und die folgende Zerstörung autochthoner Institutionen und Strukturen sowie die rigorose Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner durch die Kolonialmacht, die den Rahmen nationalistischer Entwicklungspolitik seit der Unabhängigkeit 1962 setzten. Das Verbot arabischen Sprachunterrichts schuf ein kulturell-identitäres Vakuum, die Gewährung von Bürgerrechten nur bei Aufgabe der islamischen Tradition führte zur Bildung einer explizit auf den Islam zurückgreifenden Gegenidentität und der agrarorientierte Siedlungskolonialismus führte zu radikalen Transformationen und verhinderte eine Industrialisierung (Ruf 1997: 48). Deshalb soll in einem ersten Teil die politisch-ökonomische Entwicklung seit 1830 beschrieben werden. In einem abschließenden zweiten Teil wird diese dann unter dem Blickwinkel des algerischen Nationalismus bewertet und versucht, die Stellung des Islam in diesem Zusammenhang zu bestimmen.²

Die politisch-ökonomische Entwicklung von 1830 bis heute

Die koloniale Situation seit 1830

Nach seiner Eroberung Algeriens ab Juni 1830 eignete sich Frankreich durch Anwendung der Eigentumsrechte des *Code Napoléon* das beste Land für seine Kolonisten an, da das traditionelle nordafrikanische Recht kein Privateigentum an

¹ Jörn Thielmann ist geschäftsführender Leiter des Kompetenzzentrums Orient-Okzident Mainz KOOM an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. <http://www.koom.org/>

² Dieser Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines bereits im Juni 2004 in PROKLA Nr. 135 erschienenen Aufsatzes, der im Rahmen der Ringvorlesung "Islam und Entwicklung" im WS 2004/05 am Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Vortrag gehalten wurde.

Grund und Boden kannte und deshalb seine lokalen Besitzrechte im neuen Rechtssystem nicht durchsetzen konnte. Muslimische Algerier waren Bürger zweiter Klasse im eigenen Land, da sie nur *sujets français*, französische Untertanen, nicht aber *citoyens français*, französische Bürger, waren. Nur wenn sie auf die Anwendung des islamischen Rechts im Bereich des Familien- und Erbrechts verzichteten, konnten sie – bei Erfüllung weiterer Bedingungen – französische Staatsbürger werden. Angesichts der scharfen sozialen Sanktionen der algerischen Gesellschaft bei einem solchen Schritt optierte aber nur eine kleine Minderheit dafür. Auch die autochthonen Bildungsinstitutionen wurden zerstört, da sie in der Regel durch religiöse Stiftungen (*waqf, habous*) getragen wurden, deren Ländereien nun beschlagnahmt wurden. Französisch wurde Amtssprache, Arabischunterricht in den Schulen verboten und Koranschulen geschlossen. Die Algerier sollten so an die französische Kultur assimiliert werden.

Die Franzosen zerstörten ferner die im ländlichen Algerien dominanten aristokratischen Dynastien. Früher unabhängige Bauern wurden zu Tagelöhnern auf ihren eigenen Feldern. Denn die nun entstehende koloniale Landwirtschaft war mit Zitrusfrüchten, Wein, Frühgemüse und Getreide exportorientiert. Sie benötigte nur saisonal eine größere Zahl an Arbeitskräften. Vor allem die Reblausepidemie in Europa in den 1870er Jahren, welche die französische Weinproduktion um zwei Drittel zurückgehen ließ, sorgte für eine Transformation der algerischen Agrarwirtschaft und machte Wein bis in die ersten Jahre der Unabhängigkeit hinein zum Hauptexportgut. Die Industrie spielte so gut wie keine Rolle, da die Zollunion mit Frankreich das Entstehen eigener Industrien in Algerien verhinderte. Verstärkt wurde dies durch die Sorge der Agrarbourgeoisie, dass ein industrieller Sektor die Löhne in der Landwirtschaft in die Höhe treiben würde und dass, schlimmer noch, gewerkschaftliche Organisationsformen entstehen könnten. Algerien befand sich in völliger Abhängigkeit von der Metropole. Eine eigene nationale Ökonomie konnte so, auch nach der Entdeckung der Kohlenwasserstoffe in den 1950er Jahren, nicht entstehen (zu diesem ganzen Komplex Elsenhans 1999: 146-165; auch Ageron 1999: 10-72).

Viele Beobachter der algerischen Kolonialgeschichte (so z.B. Ruf 1997: 12-28) sehen hier eine politische Kultur der Gewalt als bestimmend am Werk, die das kollektive Lernen und Gedächtnis der Algerier durch die Gewaltförmigkeit der kolonialen Verhältnisse geprägt hat. Der französische Siedlungskolonialismus beruhte auf gewaltsamer Enteignung und Vertreibung der Algerier und der Inbesitznahme des Landes. Der anti-koloniale Befreiungskampf musste sich das Land wieder aneignen. Kompromisse konnte es hier nicht geben. Außerdem griffen die Franzosen immer wieder nach Aufständen zu offener Gewalt und Massenexekutionen, so wie nach den Unruhen am 8. Mai 1945, als nach gewaltsamen Demonstrationen gegenüber Franzosen mit einigen Toten durch die militärische Reaktion Frankreichs bis zu 40.000 Menschen ums Leben kamen. Allerdings durften die algerischen Untertanen in beiden Weltkriegen zwangsrekrutiert als „Kanonenfutter“ dienen und mussten nach Kriegsende in der französischen Industrie arbeiten, eine Erfahrung, die ebenfalls zum Gefühl der Demütigung, Erniedrigung und Ausbeutung beitrug, welches den algerischen Nationalismus so rigoros machte und macht.

So organisierte sich der algerische Nationalismus als erstes unter den algerischen Arbeitern in Frankreich 1926 im „Nordafrikanischen Stern“ (*Étoile nord-*

africaine). Dessen Gründer, Messali Hadj, war einer der zwangsrekrutierten algerischen Arbeiter und Mitglied der französischen kommunistischen Partei, wurde allerdings samt dem Nordafrikanischen Stern wegen der starken Betonung der Nation (vor der Klassenzugehörigkeit) aus dieser ausgeschlossen. Neben der völligen Unabhängigkeit Algeriens werden die arabische Sprache sowie die islamische Religionszugehörigkeit die wesentlichen Elemente des algerischen Nationalismus und zur Grundlage der „algerischen Persönlichkeit“.

Die zweite Organisation war die „Vereinigung der reformistischen Religionsgelehrten von Algerien“, der *Association des ouléma réformistes d’Algérie*, die von Scheich Abd el Hamid Ben Badis 1931 in Algier gegründet wurde. Kernpunkt war die moralische Erneuerung der algerischen Gesellschaft durch eine islamische Reform im Sinne al-Afghanis und Muhammad Abduhs. Zu diesem Zweck drängten ihre Mitglieder in Prediger- oder Imamstellen und gründeten Koranschulen, in denen aber allgemeiner Unterricht auf Arabisch abgehalten und vor allem auch algerische Geschichte unterrichtet wurde. Diese Vereinigung prägte den Slogan des algerischen Nationalismus: „Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“, der alle negativen Erfahrungen (der Islam diskriminiert, Arabisch verboten, Algerien kolonialisiert) der Algerier ins Positive wendet.

Eine dritte Strömung wurde von bürgerlichen Intellektuellen unter Ferhat Abbas gebildet. Sie war, da stark von Frankreich geprägt, zumindest im Ton moderater. Zunächst wollte diese Strömung eine Lösung innerhalb Frankreichs, also Gleichberechtigung für die algerischen Untertanen innerhalb des französischen Staates und keinen eigenständigen algerischen Staat. Diese Haltung änderte sich aber nach den blutigen Erfahrungen des Mai 1945. Ferhat Abbas schloss sich während des Unabhängigkeitskrieges dem *Front de libération nationale* (FLN) an.

Aus einer der Nachfolgeorganisationen des 1937 verbotenen Nordafrikanischen Sterns, dem *Mouvement pour le triomphe des libertés démocratiques* (Bewegung für den Triumph der demokratischen Freiheiten, MTLD), entstand gleich bei dessen Gründung 1946 eine Geheimorganisation, um den regelmäßigen Verboten durch die Kolonialbehörden begegnen zu können. Aus dieser Geheimorganisation bildete sich Anfang 1954 das „Revolutionäre Komitee für Einheit und Handeln“ (*Comité révolutionnaire pour l’Unité et l’Action*), welches dann am 1. November 1954 als Nationale Befreiungsfront (*Front de libération nationale*, FLN) den bewaffneten Befreiungskampf begann. Dass er so blutig und lange geführt wurde, hängt zum einen mit der gerade knapp skizzierten brutalen Kolonialgeschichte, zum anderen mit den seit Ende der 1950er Jahre gemachten Entdeckungen von Öl und Gas in der algerischen Sahara zusammen. Davon soll nun die Rede sein.

Der Unabhängigkeitskampf und das freie Algerien bis zum Putsch von Boumedienne 1965

Die Existenz von offenen Ölquellen in dem Gebiet des heutigen Algeriens ist seit der Antike bekannt. Ein geologisches Potential war also anzunehmen. Nachdem die beiden Weltkriege die Bedeutung des Erdöls für die moderne Kriegsführung deutlich gemacht hatten, gründete der französische Staat im Oktober 1945 das Büro für Erdölforschung (*Bureau de recherches des pétroles*) und im Folgejahr die staatliche Ölgesellschaft *SN Repal*, die die Erdölvorkommen in Algerien suchen und

ausbeuten sollte. Ab Oktober 1952 wurden die ersten Explorationskonzessionen an mehrheitlich französische Firmen, die zum Teil auch Staatsfirmen waren, vergeben. Erst nach Ausbruch des Befreiungskrieges wurden die ersten Entdeckungen gemacht: Im Januar 1956 wurde in Enjeleh das erste Ölfeld entdeckt, das seit 1960 in Produktion ist und dessen Öl via Pipeline zum tunesischen Hafen La Skhirra transportiert wird. Im Juli 1956 folgte das gigantische Ölfeld von Hassi Messaoud (produziert seit 1958), im November dann das gigantische Gasfeld von Hassi R'Mel (produziert seit 1961) (vgl. Cornet 1960; Mahiout 1974; Schliephake 1975).

Die schiere Größe der beiden letzten Vorkommen erklären sofort, warum der französische Staat die Saharafrage im Laufe des Unabhängigkeitskrieges für so strategisch wichtig hielt und um jeden Preis die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen behalten wollte. Diese sollten zum Aufbau einer nationalen und gegenüber dem internationalen Ölkartell mit anglo-amerikanischer Dominanz autarken französischen Ölindustrie genutzt werden, die sowohl aus staatlichen wie privaten Firmen bestand.

Zunächst wurden die „Ereignisse“ vom November 1954 als nicht bedeutend eingeschätzt und als „Rebellion“ gedeutet, der mit einigen Reformmaßnahmen, wie der Schaffung einer Verwaltungsfachschule in Algier (1954 waren unter 2.000 Verwaltungsbeamten in Algerien nur acht muslimische Algerier!), der Reduktion des Lohnabstandes zwischen Europäern und Algeriern oder baulichen Infrastrukturmaßnahmen, zu begegnen sei. Nach einem flächendeckenden Aufstand in der Region Constantine Ende August 1955 kamen durch die direkte militärische Reaktion bis zu 12.000 Menschen ums Leben. Frankreich trat mit der Einberufung von 60.000 Reservisten in den direkten Krieg mit dem FLN ein. Bis zum Kriegsende 1962 hatten 1 Millionen Franzosen Militärdienst in Algerien geleistet. 100.000 von ihnen wurden getötet oder verwundet (vgl. Stora 2001: 87-91). Am 30. September 1955 stand die Algerienfrage auf der Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Um freie Hand in Algerien zu bekommen, entließ Frankreich seine Protektorate Marokko (November 1955) und Tunesien (März 1956) in die Unabhängigkeit.

1956 wurde nicht nur zum Jahr der Öl- und Gasentdeckungen, sondern zugleich zum Jahr eines totalen Krieges, der sich 1957 sogar noch steigerte („Schlacht von Algier“). Folter und Morde durch die französischen Sicherheitskräfte waren an der Tagesordnung, Lager wurden eingerichtet, in denen Zehntausende von Algeriern ohne Gerichtsverfahren verschwanden. Anfang 1958 war die Situation militärisch zwar halbwegs unter Kontrolle und die Zahl der Attentate deutlich reduziert, aber politisch war die Situation offener als zuvor. Der FLN hatte sich gegen interne algerische Konkurrenten (vor allem dem *Mouvement national algérien* von Messali Hadj) nach heftigen Kämpfen durchgesetzt und sich durch die Schaffung von vielfältigen Strukturen in Algerien, Frankreich und Europa³ erfolgreich als Alleinvertreter Algeriens etabliert (vgl. Ruf 1997: 58). Im Mai 1958 kam es in Algerien zu einem Putschversuch von französischen Generälen, der zur Regierungsübernahme durch de Gaulle führte, verbunden mit der Erwartung der Algerierfranzosen, dass er Algerien als integralen Bestandteil Frankreichs erhält. Doch am 19. September 1958 bildete sich in Kairo eine „Provisorische Regierung der Republik Algerien“ (GPRA) unter Ferhat Abbas, die von etlichen Staaten völkerrechtlich anerkannt

3 Zu den Kontakten zwischen dem FLN und der deutschen SPD siehe Scheffler 1995.

wurde. De Gaulle reagierte darauf im Oktober 1958 mit einem französischen Entwicklungsplan für Algerien, dem *Plan de Constantine*.⁴

Die Aufgabe der nationalistischen französischen Öl- und Gaspolitik Ende 1960 (vgl. dazu Elsenhans 1999: 311-317) ermöglichte erfolgreiche Verhandlungen mit dem FLN, die am 18. März 1962 in die Verträge von Evian mündeten (vgl. Malek 1995). Algerien erhielt die volle Souveränität über sein gesamtes Territorium. Frankreich wiederum bekam eine bevorzugte Stellung im Öl- und Gasbereich sowie eine Marinebasis und Nuklearanlagen in der Sahara.

Beide Seiten waren jedoch überrascht, als es nach der Unabhängigkeit zwischen März und Juli 1962 zu einer Massenflucht der Europäer kam. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, vor allem aber alle Akademiker, Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleute sowie Unternehmer waren verschwunden, ohne dass einheimische Kräfte zur Verfügung standen. Dabei hatte der junge Staat bereits gravierende soziale Probleme: über 2 Mio. Algerier waren zwangsumgesiedelt und damit entwurzelt worden. Es herrschte eine Arbeitslosigkeit von 70 Prozent. Vier von fünf Algeriern waren Analphabeten und 47 Prozent der Bevölkerung waren jünger als 15 Jahre.

Nach bewaffneten Konflikten innerhalb des FLN, in denen sich oft „Kämpfer des Inneren“ und Angehörige der außerhalb Algeriens stationierten *Armée de libération nationale* (ALN) gegenüberstanden, und einem Krieg mit Marokko setzte sich Ahmad Ben Bella mit Unterstützung der Armee als erster Präsident des unabhängigen Algerien durch. Er führte in der bis dahin französisch kontrollierten Landwirtschaft, die 1962 50 Prozent der Exporte ausmachte, Selbstverwaltungskomitees ein, die zwar starke Beachtung im Ausland fanden, jedoch nicht sehr erfolgreich waren. Es gab in allen Sektoren (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, öffentliche Arbeiten, Bauwirtschaft) einen Produktionsrückgang um 30 Prozent, denn es fehlten überall qualifizierte Arbeitskräfte. 1962 gab es nur zwei (!) algerische Ingenieure. Der FLN hatte zwar bereits während des Krieges damit begonnen, Studenten nach Europa, in die USA und in arabische Staaten zu schicken. Ihre Zahl reichte aber bei weitem nicht aus.

Ben Bella versuchte, die im Programm von Tripoli (Mai 1961) festgelegten ökonomischen Ziele des FLN zu verwirklichen, und setzte die Priorität auf die Landwirtschaft mittels Kollektivierungen und Beschränkungen des privaten Eigentums. Dies sollte Kaufkraft und Nachfrage generieren und so eine nach innen gerichtete Industrialisierung, die nicht auf Überseemärkte ausgerichtet ist, herbeiführen. Es ging dem FLN um ökonomische nationale Souveränität, begründet in der kolonialen Ausbeutung, Enteignung und Demütigung.

So ist es wenig verwunderlich, dass Algerien, als ihm im Juni 1963 eine kontrollierende Beteiligung – über die Basisbeteiligung von 20 Prozent hinaus wollte Algerien weitere 13 Prozent – an einem internationalen Pipelineprojekt (TRAPAL, von Haoud El Hamra nach Arzew) von den beteiligten Firmen verweigert wurde, im Dezember 1963 eine eigene Firma für den Transport und die Vermarktung von

4 Im Rahmen dieses Plans sollten 25.000 Hektar Land an algerische Bauern verteilt werden. Große Stahl- und Chemiewerke sollten entstehen und Wohnungen für 1 Millionen Menschen gebaut werden. 400.000 neue Arbeitsplätze sollten geschaffen werden und zunächst zwei Drittel, nach drei Jahren dann alle algerischen Kinder und Jugendlichen beschult werden. Schließlich sollten in Algerien die gleichen Arbeitsrechte und Gehälter gelten wie in der Metropole (vgl. Stora 2001: 76).

Kohlenwasserstoffen gründete, die *Société nationale de transport et de commercialisation des hydrocarbures*, kurz SONATRACH, die mit finanzieller Hilfe von Großbritannien und Kuwait die genannte Pipeline dann bis 1966 alleine baute. Um qualifizierte Arbeitskräfte für den Erdölsektor auszubilden, wurden zugleich zwei Institute gegründet, das *Centre africain des hydrocarbures* und das *Institut algérien du pétrole*.

„Industrialisierende Industrien“: die ambitionierte Entwicklungspolitik unter Boumedienne bis 1978/79

Mit dem Militärputsch des Verteidigungsministers Houari Boumedienne am 19. Juni 1965 verschoben sich Wirtschaftspolitik und Entwicklungsstrategien. Am 29. Juli 1965 wurden die ökonomischen Bedingungen der Evian-Verträge durch einen neuen algerisch-französischen Vertrag neu bestimmt. Zunächst erhielt Algerien eine größere Zahl an Arbeitsvisa für Migranten nach Frankreich im Austausch für feste Öl- und Gaspreise für französische Firmen, die auf fünf Jahre festgelegt wurden. Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Firma für die Exploration und Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen gegründet, die *Association coopérative (ASCOOP)*, an der SONATRACH und eine neugegründete französische Staatsfirma, die SOPEFAL, zu gleichen Teilen beteiligt waren (für eine Bewertung der gemeinsamen Aktivitäten aus französischer Perspektive Burger 1969, aus algerischer Ghozali 1969). Es war gerade diese Kooperation mit dem französischen öffentlichen Sektor, die es Algerien ermöglichte, außerhalb des damals noch bestehenden internationalen Ölkartells Erfahrungen zu sammeln und eine integrierte Ölindustrie aufzubauen.

Statt einer Landwirtschaftspolitik wie unter Ben Bella wurde nun eine höchst ambitionierte Industrialisierungspolitik verfolgt. Die Grundidee war, die Kohlenwasserstoffrente maximal zum Aufbau einer nationalen Industrie zu benutzen, wobei zunächst der Kohlenwasserstoffsektor ausgebaut werden sollte. Schwerindustrieprojekte (Stahl, Petrochemie, Maschinenbau) sollten um sich herum in einer inter-industriellen Matrix in einem Industrialisierungsprozess weitere (vor allem kleine und mittlere) Industrien schaffen. Die Erdöl- und Erdgaspolitik war auf rasche und maximale Ausbeutung (*rapid depletion policy*) ausgerichtet, niedergelegt in dem Plan VALHYD (*Valorisation des hydro-carbures*), der 1977 von der amerikanischen *International Bechtel Corporation* für SONATRACH erarbeitet worden war (Aïssaoui 2001: 88-125): Die nationalen Ressourcen einschließlich der Arbeitskräfte sollten rasch und vollständig innerhalb von Algerien genutzt und in Wert gesetzt werden. Dabei wurde eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erst ab den frühen 1980er Jahren erwartet. Vor allem die reichen Erdgasvorkommen, die zu den größten der Welt zählen, sollten Einkommen generieren. Diese Politik eines Wechsels von Öl zu Gas wurde auf Initiative des damaligen Industrie- und Energieministers Belaïd Abdesselam 1976 in die „National Charter“ aufgenommen. Als Zeithorizont für die Ausbeutung der algerischen Vorkommen wurde 1976 bis 2005 festgelegt (vgl. Abdesselam 1989). Eine strikte Austeritätspolitik mit einer bewussten Beschränkung des Lebensstandards schuf Raum für eine Investitionsrate von über 35 Prozent (nur Japan und die UdSSR lagen höher).

Damit sollte die Außenorientierung der algerischen Ökonomie, die aus der kolonialen Situation resultierte, und die innere Verwerfungen durch die Unterent-

wicklung überwunden werden. Hauptinspirator dieser Politik war der französische Ökonom Gérard Destanne de Bernis aus Grenoble (s. Ghozali und Destanne de Bernis 1969), neben u. a. Albert O. Hirschman. Die Kohlenwasserstoffe sollten zunächst die für die Industrialisierung benötigte Energie zu geringen Kosten bereitstellen. Darüber hinaus sollten sie als Rohstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung, vor allem in der petrochemischen und chemischen Industrie, dienen. Ferner sollten sie Investitionskapital generieren.

Die Verbindung mit der Landwirtschaft war ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Industrialisierung: Eine Industrialisierung der Landwirtschaft schafft Nachfrage nach Industriegütern, sorgt für Beschäftigung und daraus resultierender Konsumnachfrage und stellt Rohmaterialien für die industrielle Weiterverarbeitung zur Verfügung. Der Kohlenwasserstoffsektor spielt auch hier eine Schlüsselrolle. Er liefert zunächst günstige Energie. Dann nach der petrochemischen Verarbeitung Düngemittel und Pestizide. Schließlich ermöglicht er die Herstellung von Kunststoffprodukten und ihre Nutzung in der Landwirtschaft (z.B. Bewässerungsrohre aus Kunststoff, Schutzplanen etc.).

Destanne de Bernis und seinen algerischen Partnern war klar bewusst, dass Öl und Gas nicht per se ein Garant für eine unabhängige industrielle Entwicklung sind. Sie müssen eingebracht werden in ein kohärentes und globales Entwicklungskonzept und eine Restrukturierung der algerischen Wirtschaft (vgl. Ghozali und Destanne de Bernis 1969: 272f). Dieses erfordert einen abgestimmten Zeitplan für die Konstruktion und Fertigstellung der verschiedenen Fabriken, die aufeinander angewiesen sind, sowie eine Koordination mit der Technisierung der Landwirtschaft. Der Aufbau einer Maschinen- und Werkzeugindustrie, die sowohl Konsumgüter erzeugen als auch Maschinen bauen kann, ist geboten, sowohl für eine industrielle Unabhängigkeit als auch für Wirtschaftswachstum. Ghozali und Destanne de Bernis benennen deutlich die Probleme: das Fehlen von Vorprodukten, das Fehlen von Managern und Technikern sowie von qualifizierten Arbeitskräften, die Schwierigkeiten der Koordination einer solchen Industrie, der Vermarktung etc., und machen klar, dass diese Probleme nicht unterschätzt werden dürfen (*ibid.*: 278). Die Industrialisierungspolitik unterliege zwei Zwängen: dem Zugang zum Weltmarkt und der Verfügbarkeit von Kapital. Algerien müsse in der Lage sein, Erdöl- und Erdgasprodukte am Weltmarkt abzusetzen, und nicht nur Rohöl. Kapital müsse ohne Diskriminierung zur Verfügung stehen, zu normalen Marktkonditionen. Es müsse zinsgünstige Kredite für nicht-industrielle Entwicklungsprojekte geben, um eine Überschuldung der Entwicklungsländer zu vermeiden, und die Möglichkeit, Kredite in produzierten Gütern zurückzuzahlen (*ibid.*: 292f).

Die von Ghozali und Destanne de Bernis benannten Probleme haben sich leider alle in Algerien gezeigt und die schwierige Situation herbeigeführt, unter der Algerien seit bald zwanzig Jahren leidet: Kohlenwasserstoffe generieren 95 Prozent der Exporterlöse, 60 Prozent der Staatseinnahmen und 30 Prozent des BIP und machen Algerien vollständig abhängig vom Weltenergiemarkt und seinen Schwankungen.

Darüber hinaus wurde seit Mitte der 1960er Jahre die Nationalisierung vitaler Wirtschaftssektoren (Banken, Versicherungen, Bergbau, verarbeitende Industrie, Öl- und Gasindustrie) vorangetrieben. Der ausgeprägte algerische Ressourcennationalismus führte zu einer *Do-it-alone*-Politik des staatlichen Ölkonzerns SONATRACH, der alle Bereiche im Kohlenwasserstoffsektor besitzen und beherrschen können wollte und deshalb eine komplette technische Infrastruktur aufbaute.

Überdimensionierte Industrieprojekte mit modernster Technologie erwiesen sich als extrem störanfällig, zumal es an qualifiziertem Personal fehlte. Sie waren ohne algerische Vorprodukte und ohne Absatzmärkte konstant nicht ausgelastet. Die Landwirtschaft, die an sich einen Teil der industriellen Produktion abnehmen sollte, wurde vernachlässigt. Das beste Land in der Küstenregion wurde für industrielle Projekte umgenutzt. So musste 1974 ein Viertel der Kohlenwasserstofflerlöse bereits für Lebensmittelimporte verwandt werden.

Der Rückgriff auf die Kohlenwasserstoffrente sowie auf Kredite, die für Algerien wegen seiner natürlichen Ressourcen leicht zu bekommen waren, führten zu extremen ökonomischen Verwerfungen und verhinderten sogar die angestrebte vernetzte Wirtschaft. Wegen des extremen Nationalismus und des Strebens nach Unabhängigkeit – Algerien war eine treibende Kraft sowohl in der OPEC als auch in der Bewegung der Blockfreien – verzichtete Algerien auf günstige Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfond und deckte seinen Kapitalbedarf auf dem freien Markt. Dies führte zu einer massiven Schuldenkrise und in den 1990er Jahren zur tatsächlichen Abhängigkeit vom IWF.

Ein radikaler Wechsel: Die „Schlacht ums Gas“ und die wirtschaftliche Krise der 1980er Jahre

Der plötzliche Tod von Präsident Boumedienne in Dezember 1978 brachte jedoch einen radikalen Politikwechsel. Abdesselams Erzrivale Belkacem Nabi wurde neuer Energieminister und reduzierte massiv das VALHYD-Programm.⁵ Der Schwerpunkt der Politik lag nun auf Konservierung der Ressourcen und Sicherstellung der Eigenversorgung. Zudem wurde SONATRACH, die auf weit über 100.000 Mitarbeiter angewachsen war, zerschlagen, sowie andere Staatsfirmen auch. Boumediennes Nachfolger Oberst Chadli Benjedid verfügte nicht über die persönliche Autorität seines Vorgängers, der gestützt auf den Revolutionsrat die Partei des FLN mehr oder minder ignoriert hatte (vgl. Roberts 1993). Benjedid musste deshalb stärker auf den FLN zurückgreifen. Der FLN konnte so erstmals Hand auf die Energiepolitik legen, u. a. durch Sitz im neu geschaffenen Nationalen Energierat. Die FLN-Führung glaubte an eine starke Stellung der OPEC nach der islamischen Revolution im Iran sowie an hohe Ölpreise und wollte maximale Gewinne aus den laufenden Gaslieferungsverträgen. Diese wurden als unprofitabel eingestuft. Dabei muss man wissen, dass Gaslieferungsverträge wegen der hohen Investitionen in die erforderliche Infrastruktur i. d. R. eine Laufzeit von 20 Jahren und mehr haben. Da es nur einen ganz kleinen Spotmarkt für Gas gibt, sind komplexe Preisformeln zu entwickeln, die auf Marktveränderungen reagieren können. Meist wird der Gaspreis an einen Korb verschiedener Benzin- und Schwerölpreise mit einem Zeitfaktor gekoppelt. In der Folge der sich nun entspannenden „Schlacht ums Gas“ (*gas battle*) katapultierte sich die staatliche Gesellschaft SONATRACH aus dem Markt, denn es fand für das Gas aus seinen geplatzten amerikanischen Verträgen keine Käufer, konnte es doch gegen das billige Pipeline-Gas aus der UdSSR in Europa nicht konkurrieren. Auch die gesamte LNG (Flüssiggas) -Infrastruktur geriet durch die fehlende Auslastung in Mitleidenschaft, so dass bis Ende der 1980er Jahre ein

5 Siehe für die gegensätzlichen Positionen die Bücher, in denen Abdesselam (1989) und Nabi (1991) miteinander und mit ihrer jeweiligen Politik scharf abrechnen.

Drittel der nominalen Kapazität verloren war. Innerhalb von sechs Jahren büßte Algerien mehr als die Hälfte seines Marktanteils auf dem Gasmarkt ein. Die Eröffnung der Trans-Med-Gaspipeline über Tunesien nach Italien im Juni 1983 konnte daran zunächst auch nichts ändern.

Unter Chadli Benjedid wurde auch unter dem FLN-Slogan „Für ein besseres Leben“ die Austeritätspolitik Boumediennes aufgegeben und der Lebensstandard der Bevölkerung durch den massiven Import von Konsumgütern – oft auf Kredit – erhöht, denn die algerische Wirtschaft konnte diese Güter nicht bereitstellen. Mit dieser Politik sollten die sozialen und ökonomischen Erwartungen nach Jahren der Versprechungen erfüllt werden. Dabei breitete sich die Korruption rasant aus: Zum einen durch die staatlichen Großprojekte, zum anderen durch die staatliche Kontrolle der Importe und des Handels. Die Armee als oberste Macht und die Spitzen der Bürokratie bereicherten sich und zeigten dies durch einen ostentativen Lebensstil. Der Dinarmilliardär Rafik Khalifa mit seinem 2003 untergegangenen Konzern ist ein Beispiel für diese Prozesse (vgl. Addi 2003: 11). Der ehemalige Premierminister Brahimi gab an, die Eliten hätten in den 1980er Jahren ca. 26 Mrd. US-Dollar an Bestechungsgeldern kassiert, das Äquivalent der algerischen Auslandsverschuldung zu dieser Zeit.

Die Fragen nach einem „Staatskapitalismus“ und der Bürokratie als „Staatsklasse“ sind heftig diskutiert worden (vgl. Ruf 1997: 91f; Roberts 1983). Wie auch immer, es gibt in Algerien erkennbar keinen am allgemeinen Interesse orientierten und an Recht und Gesetz gebundenen öffentlichen Dienst. Stattdessen gibt es ein Netz von Patron-Klient-Beziehungen: Der Bürger muss Beamte kennen, um überhaupt zu seinem Recht und zu Dienstleistungen zu kommen. Staatsaufgaben werden so zu Quellen der Bereicherung. Der Beamte wiederum braucht zur Stärkung seiner Macht und seiner Karriere eine Klientel. Die höheren Staatsbeamten rekrutieren sich beinahe ausschließlich aus der Gruppe derer, die eine französische Erziehung genossen haben.⁶ Schon bald nach der Unabhängigkeit waren es die alten Handelsbourgeoisien aus Constantine und Tlemcen, die, oft mittels Heiraten, den Zugang zur Bürokratie – und damit zur staatlichen Wirtschaft und ihren Aktivitäten – kontrollierten (vgl. Roberts 1983: 105, 109f). Die Masse der Arabophonen war und ist trotz des Rufes der Revolution, „Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“, vollkommen marginalisiert, auch nach einem Universitätsstudium. Wer keine Beziehungen hat, ist verloren und erfährt *hogra*, die Erniedrigung und Demütigung, genauso wie zur Kolonialzeit. So überrascht die Explosion von gewaltsamen Protest im Oktober 1988 nicht, bald verbunden mit einer islamischen Artikulation alternativer Politik (vgl. Roberts 1988). Der Ölpreisverfall im Gefolge des 1. Golfkrieges zwischen dem Irak und Iran hatte die Einnahmen des algerischen Staates ab 1985/86 halbiert. Die Schulden gerieten außer Kontrolle und der Staat konnte keine sozialen Wohltaten mehr verteilen, ja, noch nicht einmal mehr alle wesentlichen Güter importieren.

6 Dies verstärkte sich während der Industrialisierungsphase durch die Abhängigkeit vom Ausland noch. Heute spielt – zumindest in der Ölindustrie – Englisch eine zusehends dominierendere Rolle.

Öffnung, Pluralismus, Privatisierung und Bürgerkrieg: Algerien seit 1989

Als dann erneut 1989 – in einem Kontext großen sozialen und ökonomischen Drucks – ein Politikwechsel hin zu Expansion einsetzte, waren große Investitionen nötig, um erneut Exportkapazitäten im Gassektor zu schaffen. Außerdem musste der *Upstream*-Sektor für internationale Ölfirmen geöffnet werden, um Kapital und Wissen für Exploration und Entwicklung zu beschaffen, war SONATRACH doch fast zwanzig Jahre alleine in diesen Bereichen tätig und damit nun endgültig technisch wie finanziell völlig überfordert. Die bis dahin in Algerien übliche Explorationsabgabe hatte 1986 nur eine ausländische Firma übrig gelassen; alle anderen hatten sich aus Algerien zurückgezogen. Das 1986 geänderte Recht hatte neben Partnerschaften auch andere Kooperationsformen mit internationalen Firmen möglich gemacht, allerdings mit einer 51 %-Beteiligung von SONATRACH und unter Ausschluss einer Beteiligung an existierenden Ölfeldern sowie dem Gassektor. Versuche, auch den Gassektor und bestehende Felder zu öffnen, stießen zunächst auf heftige emotionale Reaktionen, verursacht durch die kolonialen Erfahrungen und den daraus resultierenden Ressourcennationalismus, bevor weitere Gesetzesänderungen 1991 diese Öffnung ermöglichten. Aïssaoui (2001: 101-108), der an der Ausarbeitung der Gesetze beteiligt war, beschreibt sehr präzise den damit verbundenen Paradigmenwechsel. Drei Ziele setzte sich die neue Energiepolitik: Vergrößerung der Reserven und der Produktion durch ein intensives Explorations- und Entwicklungsprogramm, Verbesserung der Förderausbeute in bestehenden Feldern (*Enhanced Oil Recovery: EOR*) und Vermarktung aller entdeckten, aber noch nicht entwickelten Gasfelder. Mit Ausnahme des EOR-Programms hatte SONATRACH Glück. Zahlreiche ausländische Firmen schlossen Explorations- und Produktionsverträge. Etliche Entdeckungen wurden gemacht, darunter Weltklassefunde im Berkine-Becken. Seit 1992 – als die Wahlen abgebrochen und der FIS, der *Front islamique du salut*, verboten wurde – spielt allerdings die Sicherheitslage eine bedeutende Rolle und erschwert Vorhaben, vor allem im EOR-Bereich, auch wenn der Ölsektor bemerkenswerterweise weitgehend von Gewalt verschont blieb. 1995 gelang es jedoch, mit BP einen wichtigen Vertrag über die Entwicklung und Vermarktung des In Salah-Gasfeldes abzuschließen. Aïssaoui macht trotz der positiven Reaktionen der internationalen Ölindustrie auf die algerischen Öffnungen von 1986 und vor allem 1991 drei kritische Punkte aus: Die komplexe Managementstruktur von SONATRACH und anderen staatlichen Unternehmen, die Vertragsbedingungen, die nicht flexibel genug auf Änderungen der Rahmenbedingungen (höhere Entwicklungskosten oder niedrigere Ölpreise) reagieren, sowie staatliche Fördermengenregulierungen und OPEC-Quoten sind für internationale Ölfirmen problematisch. Die Zeitverzögerungen bei Projekten in Algerien sind durch die komplexen Entscheidungsstrukturen im internationalen Vergleich extrem.

Mit dem Gesetz Nr. 05-07 vom 28. April 2005 wurden mittlerweile Ideen von 2001 umgesetzt und die Konzessionsvergabe und Datenverwaltung im *Upstream*-Bereich an eine staatliche Agentur gegeben. SONATRACH ist so von hoheitlichen Aufgaben befreit. Das gleiche gilt im Pipelinebereich.

Der IWF, der mit der Weltbank diesen Diskurs wesentlich bestimmt, hat 1992 unter Michel Camdessus (und starkem französischen Druck!: vgl. Roberts 1994) ein Umschuldungsabkommen mit Algerien geschlossen und, wie üblich, die Privatisierung

tisierung von Staatsbetrieben gefordert. Nach Ansicht von Addi (2003: 11f) verstärken die eingeleiteten Privatisierungen den Rentencharakter der Ökonomie sogar noch. Die Mittelschicht verarmt seitdem. Und die „islamistische“⁷ Gewalt hilft, diese Privatisierungen durchzusetzen, indem Fabriken etc. zerstört oder missliebige Konkurrenten getötet werden und die Arbeiter wegen des Ausnahmezustandes nicht dagegen demonstrieren können (vgl. auch Martinez 1998: 189ff). Wie Omar Benderra zeigt (2003), wird im Zusammenspiel von Bürokratie und Privatwirtschaft oft gezielt der formelle Konkurs von an sich gesunden Staatsfirmen herbeigeführt, um sich deren Aktiva günstig aneignen zu können. Investitionen werden dabei nicht getätigt, nur Profite gemacht. Die Privatisierung brachte so nur 200 Mio. US-Dollar. Die sozialen Auswirkungen und die Schuldentilgung dieser Maßnahmen kosteten aber nach Benderra 3,5 Mrd. US-Dollar.

Auch politisch öffnete sich das Land ab 1989: Das Monopol des FLN wurde aufgebrochen, Parteienpluralismus erlaubt. Als die *Islamische Heilsfront* (*Front islamique du salut*, FIS) jedoch die zweite Runde der nationalen Parlamentswahlen zu gewinnen drohte, wurden die Wahlen im Januar 1992 vom Militär abgebrochen. Nach dem Verbot des FIS im Frühjahr brach dann ein Bürgerkrieg aus, der bis heute andauert. Auch die Wiedereinführung eines formalen Parteienpluralismus nach 1996 ändert nichts daran, dass die Macht - und die Kontrolle der nationalen Ressourcen - immer noch beim Militär liegt.

Da vor allem Südeuropa durch die beiden Gaspipelines (Trans-Med über Tunesien nach Italien, Maghreb-Europa über Marokko nach Spanien) zu einem hohen Grade mit algerischem Gas versorgt wird (Spanien zu über 60 Prozent), gab es keinen europäischen Protest gegen den Militärputsch. Die USA hatten zwar eine offenere Haltung gegenüber dem FIS, mischten sich aber nicht ein. Ihr Einfluss nimmt aber zu, da seit 1998 die meisten Investitionen in diesem Bereich von amerikanischen oder anglo-amerikanischen Firmen stammen. Seit Anfang der 1980er Jahre gibt es ein algerisch-amerikanisches militärisches Ausbildungsprojekt, seit 2002 gemeinsame Manöver (Ruf 2003). Die Beteiligung am „Kampf gegen den Terror“ hat den algerischen Militärs vollends freie Hand im Kampf gegen die bewaffnete Opposition bzw. gegen missliebige Gegner gegeben. Die Anfang 2006 begonnene Amnestierung scheint vor allem der gesellschaftlichen Reintegration von Sicherheitskräften zu dienen, die als „Islamisten“ tätig waren.

Nationalismus und Entwicklung

Die traumatischen Erfahrungen des französischen Kolonialismus und des Befreiungskrieges führten zu einem rigorosen Nationalismus, der die gesamte Entwicklung Algeriens bis heute bestimmt hat. Ökonomisch zeigte sich die Kombination aus Ressourcennationalismus und der Idee nachholender Entwicklung durch Industrialisierung mit dem Streben nach Autarkie auf der einen und Exportorientierung auf der anderen Seite als verheerend. Die Verfügbarkeit von enormen Renten

7 Es sind nicht nur Islamisten für die sog. „islamistische“ Gewalt verantwortlich, sondern maßgeblich die staatlichen Sicherheitsdienste, allen voran der Militärische Sicherheitsdienst SM, wie jüngste Veröffentlichungen zeigen (vgl. Samraoui 2003).

aus dem Kohlenwasserstoffsektor verhinderte eine ökonomische Differenzierung und eine nachhaltige Entwicklung und erweist sich so als Fluch. Die derzeitige Ölpreisentwicklung verstärkt diese Effekte noch. Alle derzeitigen Anreizstrukturen lassen die Algerier nach Renten suchen.

Kulturell führte der Nationalismus ebenfalls zu enormen Verwerfungen. Die breite Masse erhält eine schlechte Ausbildung in Arabisch. Da die algerischen Dialekte des Arabischen keinen Anteil an der Herausbildung des *Modern Standard Arabic* hatten, zudem ein großer Teil der Bevölkerung berberophon ist, müssen die Algerier das schwierige Hocharabisch aktiv lernen, um dann zu entdecken, dass ihnen diese Sprache in allen modernen Kontexten nicht weiterhilft. Auch Universitätsabschlüsse eröffnen keine Perspektiven. Die Eliten behalten sich eine frankophone Ausbildung vor und schützen so ihre Interessen, predigen zugleich aber die nationale Bedeutung des Arabischen für Algerien.

Anders als es der im Titel dieses Beitrags zitierte Slogan des Unabhängigkeitskampfes vermuten lassen könnte, spielte der Islam in zentralen Bereichen von Politik und Wirtschaft keine Rolle. Vielmehr erwies er sich nur als legitimatisches Feigenblatt des Regimes und als Manipulationsmasse. Während die sozialistisch-orientierten Technokraten seit Boumedienne Politik und Wirtschaft bestimmten, wurde der Bereich von Erziehung und Kultur den islamischen Reformern des religiösen Flügels des FLN überlassen, die arabisch-islamische Werte bewahren wollten und nach Kairo und Damaskus – und nicht nach Paris – orientiert waren. Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ (*adâla*) sollte allerdings Sozialismus und Islam verbinden. Spätestens seit den großen sozialen Krisen der 1980er Jahre ist diese Verbindung jedoch nachhaltig diskreditiert, da der Staat sein Wohlfahrtsversprechen nicht mehr einlösen konnte. Stattdessen erlebten die Bürger seit Anfang der 1980er Jahre die ungehemmte Zurschaustellung des Reichtums der militärischen und politischen Eliten, der durch Korruption erworben worden ist (und wird). Dies erzeugte ein Gefühl der tiefen Demütigung (*hogra*), ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der algerischen Gesellschaft. Die Islamisierung des Personenstandsrechts 1984 als „Versöhnungsangebot“ des Regimes änderte daran nichts (Dennerlein 1998, auch Ruf 1997: 75).

Der Versuch eines islamischen Gegenmodells als Muster gesellschaftlicher Erneuerung, repräsentiert durch den FIS, ist durch den Militärputsch 1992 und den folgenden Bürgerkrieg gescheitert. Der FIS hatte allerdings kein kohärentes Wirtschaftskonzept (Aïssaoui 2001: 19), sondern versuchte durch Sozial- und Fürsorgeaktivitäten Not zu lindern und Einfluss auf die Gesellschaft zu gewinnen (Ruf 1997: 105f). Er präsentierte sich – in einem Wortspiel mit dem französischen Wort *fil*s, Sohn – als wahren Erben der revolutionären Prinzipien des FLN. Dass die Islamität Algeriens, anders als seine Arabität, nie umstritten war und – verstärkt durch die koloniale Erfahrung – den Kern der algerischen Identität ausmacht, erleichterte dies. Dem FIS ging es um die Wiederherstellung von moralischen Werten, die durch das algerische sozialistische Modell bis 1980 sowie durch den dann herrschenden liberalen Kapitalismus zerstört worden waren. Anders als etwa die ägyptischen Islamisten (Roussillon 1988, 1991; Wippel 1997) entwickelte der FIS aber keine ökonomische Parallelstruktur mit Wirtschaftsbetrieben und islamischen Investmentfonds, vielleicht, weil er nicht lange genug offen agieren konnte.

Wie Luis Martinez (1998) zeigt, sind auf lokaler Ebene islamistische Gewalt und wirtschaftliche Aktivitäten komplex verbunden. Islamistische Gruppierungen

finanzieren sich durch Schwarzmarktaktivitäten und Schmuggel (vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. April 2006). Sie sind aber marginalisiert und von der Bevölkerung isoliert.

Trotz des im August 1965 auf dem Kongress von Soummam vom FLN festgelegten Primats der Politik über das Militär (vgl. Roberts 1993) hat sich das Militär seit der Unabhängigkeit die Kontrolle über den Staat und die nationalen Ressourcen gesichert. Die Kohlenwasserstoffrenten sorgen dafür, dass es keine Rechenschaftspflicht der Regierung und Verwaltungen gibt. Korruption und Vetternwirtschaft sind deshalb weit verbreitet.

Eine weitere Liberalisierung scheint kein Heilmittel für die Krise zu sein. Wirtschaftlich müssten die Staatseinnahmen ausgeweitet und die Nicht-Öl-Wirtschaft belebt werden, vor allem in arbeitsintensiven Sektoren wie Landwirtschaft, Dienstleistungen oder produzierendem Gewerbe. dass der Wohnungsbau in Algerien derzeit von einer staatlichen chinesischen Firma mit 22.000 chinesischen Arbeitern betrieben wird, und nicht von Algeriern, ist ein deutliches Zeichen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. April 2004). Ein Fond aus Öl- und Gaseinnahmen als Vorsorge wird diskutiert, müsste aber vor Einflussnahme abgeschirmt sein, was momentan unwahrscheinlich ist. Politisch müssten die Regierung und der öffentliche Dienst verantwortlich gemacht werden können für ihr Handeln sowie eine Trennung von Armee und Politik vollzogen werden. Alles dies erscheint auf nicht absehbare Zeit schlicht als utopisch.

Literatur

- Abdesselam, Belaïd, 1989: *Le gaz algérien. Stratégies et enjeux*. Alger: Bouchene.
- Addi, Lahouari, 2003: Einzigartig: Die algerische Krise. *INAMO* 35: 9-13.
- Ageron, Charles-Robert, 1999: *Histoire de l'Algérie contemporaine (1830-1999)*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Aïssaoui, Ali, 2001: *Algeria: The Political Economy of Oil and Gas*. Oxford: Oxford University Press.
- Benderra, Omar, 2003: Netzwerke an der Macht: Implosionen des Staates und Raubwirtschaft. *INAMO* 35: 23-27.
- Burger, Jean-Jacques, 1969: L'Association coopérative franco-algérienne pour la recherche et la production des hydrocarbures. *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques* 6, 1: 173-179.
- Cornet, Pierre, 1960: *Du mirage au miracle: Pétrole saharien*. Paris: Nouvelles Éd. Latines.
- Dennerlein, Bettina, 1998: *Islamisches Recht und sozialer Wandel in Algerien. Zur Entwicklung des Personalstatuts seit 1962*. Berlin: Klaus Schwarz.
- Elsenhans, Hartmut, 1999: *La guerre d'Algérie 1954-1962. La transition d'une France à une autre. Le Passage de la IVe à la Ve République*. Paris: Publisud.
- Ghozali, Sid-Ahmed, 1969: L'Association coopérative algéro-française: ses buts, son bilan, ses perspectives. *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques* 6, 1: 165-171.
- Ghozali, Sid-Ahmed und Gérard Destanne de Bernis, 1969: Les hydrocarbures et

- l'industrialisation de l'Algérie. *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques* 6, 1: 253-294.
- Mahiout, Rahab, 1974: *Le pétrole algérien*. Algier: ENAP.
- Malek, Redha, 1995: *L'Algérie à Évian. Histoire des négociations secrètes 1956-1962*. Paris: Éd. du Seuil.
- Martinez, Luis, 1998: *La guerre civile en Algérie 1990-1998*. Paris: Karthala.
- Nabi, Belkacem, 1991: *Où va l'Algérie? Dépendance, hydrocarbures, indépendance*. Algier: Dahlab.
- Roberts, Hugh, 1983: The Algerian Bureaucracy. In: Talal Asad und Roger Owen (Hg.): *Sociology of "Developing Societies": The Middle East*. London: Macmillan: 95-114.
- , 1988: Radical Islamism and the dilemma of Algerian nationalism: The embattled Arians of Algiers. *Third World Quarterly* 10, 2: 556-589.
- , 1993: The FLN. French conceptions, Algerian realities. In: George Joffé (Hg.): *North Africa: nation, state, and region*. London: Routledge: 111-141.
- , 1994: Meddling while Algeria burns. *Index on Censorship* 23, 4/5: 154-160.
- Roussillon, Alain, 1988: *Sociétés islamiques de placement de fonds et «ouverture économique»*. Kairo: Dossiers du CEDEJ.
- , 1991: Entre Al-Jihad et Al-Rayyan: Phénoménologie de l'islamisme égyptien. *Modernisation et nouvelles formes de mobilisation sociale. Égypte-Bresil 1970-1989*. Kairo: Dossiers du CEDEJ: 39-69.
- Ruf, Werner, 1997: *Die algerische Tragödie. Vom Zerschlagen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*. Münster: agenda.
- , 2003: Algier – Washington: Eine Beziehung der besonderen Art. *INAMO* 35: 19-22.
- Samraoui, Mohammed, 2003: DRS, GIA: Die staatsgefälligen Heilsarmeen. *INAMO* 35: 14-18.
- Scheffler, Thomas, 1995: *Die SPD und der Algerienkrieg (1954-1962)*. Berlin: Das arabische Buch.
- Schliephake, Konrad, 1975: *Erdöl und regionale Entwicklung. Beispiele aus Algerien und Tunesien*. Hamburg: Deutsches Institut für Afrika-Forschung.
- Stora, Benjamin, 2001: *Histoire de la guerre d'Algérie (1954-1962)*. Paris: La Découverte.
- Wippel, Steffen, 1997: *Islamische Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen in Ägypten zwischen Markt und Moschee*. Münster: LIT.